

Deckblatt

Teil 1 Seite 1

Drucksachennummer:

0875/2015

Datum:

10.09.2015

**ANFRAGE GEMÄSS
§ 5 GESCHÄFTSORDNUNG**

Fraktion/en:

Fraktion Hagen Aktiv im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Anfrage gem. § 5 Absatz 1 GeschO des Rates der Fraktion HAGEN AKTIV
hier: Erschließung Westportal Hauptbahnhof

Beratungsfolge:

22.09.2015 Stadtentwicklungsausschuss

ANFRAGETEXT

Drucksachennummer:

0875/2015

Teil 2 Seite 1

Datum:

10.09.2015

Kurzfassung

Siehe Anlage

Begründung



HAGEN AKTIV
Fraktion im Rat der Stadt Hagen, Rathausstraße 11, 58095 Hagen

An den Vorsitzenden des
Stadtentwicklungsausschusses
Dr. Stephan Ramrath
Rathausstr. 11
58095 Hagen

Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Telefon • 02331 207-5529

Fax • 02331 207-5530

E-Mail • fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de

Internet • www.fraktion-hagen-aktiv.de

Hagen, 09. September 2015

Sachstandsanfrage: Erschließung Westportal Hauptbahnhof

Sehr geehrter Herr Dr. Ramrath,

bitte nehmen Sie für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 22.09.2015 folgende Anfrage auf die Tagesordnung gemäß § 5 GeschO auf:

In seiner Sitzung vom 09.12.2014 hatte die Verwaltung dem Stadtentwicklungsausschuss über den damaligen Sachstand der Arbeitsschritte zur Umgestaltung des Westportals Hauptbahnhof sowie zur Entwicklung der Flächen westlich des Bahnhofs berichtet (Drucksache Nr. 1246/2014). Bis 2019 sollen diese Flächen erschlossen sein. Mit den direkt angrenzenden Betrieben wurden damals wegen des bis 2017 einzuleitenden Bebauungsplanverfahrens Gespräche geführt, um deren eventuelle Erweiterungsabsichten zu erfahren. Die Ergebnisse sollten sodann bei der Erarbeitung eines Bebauungsplanentwurfs auf der Grundlage der beschlossenen Rahmenplanvariante verarbeitet werden.

Für den angedachten Tunneldurchstich in Verlängerung des vorhandenen Personentunnels sollte zusätzlich eine detaillierte Machbarkeitsstudie erstellt werden. Außerdem war für den 10. Dezember 2014 ein Grundsatztermin mit Vertretern von DB Station & Service, BEG und VRR anberaumt worden mit dem Ziel, auf der Grundlage der Gespräche und Erkenntnisse aus 2009 ein Umsetzungsverfahren für den Tunneldurchstich in Gang zu setzen. Dabei sollten auch Fördermöglichkeiten erörtert werden.

Die Verwaltung wird gebeten, umfassend Bericht zu erstatten zu den Ergebnissen der Gespräche wie der Machbarkeitsstudie und zum Sachstand des Bebauungsplanverfahrens beziehungsweise der Entwurfsarbeiten insoweit.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Rolf Klinkert

f. d. R.: Karin Nigbur-Martini